

N i e d e r s c h r i f t

über die 25. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 02.10.2002 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens anwesend bis einschl. TOP Ö 19.	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz anwesend bis einschl. TOP Ö 18.	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion

Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans (Vertreten)	Verwaltung
Müller, Karlheinz	
Vertreter für Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:10 Uhr

Ende der Sitzung 21:48 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2002/0366 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 03.07.2002
- Ö 4. 2002/0329 Brandschutzbedarfsplan
- Ö 5. 2002/0360 Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Monheim am Rhein, Maßnahmenkonzept
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 6. 2002/0326 Straße 'Am Voigtshof'
Gemeindliches Einvernehmen zur Kennzeichnung als verkehrsberuhigter Bereich
- Ö 7. 2002/0304 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des '8. Martins-Markt' am Sonntag, den 10. November 2002
- Ö 8. 2002/0343 Satzung zur 4. Änderung der 'Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Entwässerungsanlage der Stadt Monheim am Rhein sowie den Kostenersatz von Grundstücksanschlussleitungen vom 08.04.1980'
- Ö 9. 2002/0298 Neufassung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen und von Schuleinzugsbereichen für die übrigen schulischen Einrichtungen der Stadt Monheim am Rhein vom 12.11.1998
- Ö 10. 2002/0348 Außerplanmäßige Ausgabe Solidarbeitragsgesetz
- Ö 11. 2002/0340 Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln
- Ö 12. 2002/0305 Über-/außerplanmäßige Ausgaben gem. § 82 GO NRW für die Bezuschussung von Trägern im Rahmen der gesetzlichen und der vertraglichen Betriebskostenzuschüsse für Tageseinrichtungen für Kinder
- Ö 13. 2002/0341 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
- Ö 14. 2002/0328 Überplanmäßige Mittel gem. § 82 GO NW im Bereich "Hilfen zur Erziehung"

- | | | |
|-------|-----------|--|
| Ö 15. | 2002/0319 | Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.01. - 31.08.02 |
| Ö 16. | 2002/0344 | Unterrichtung des Rates durch den Rechnungsprüfungsausschuss gem. § 105 Abs. 6 GO NRW (Haushaltsjahre 1999 und 2000) |
| Ö 17. | 2002/0354 | Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss |
| Ö 18. | 2002/0338 | Freiwilliges Soziales Trainingsjahr |
| Ö 19. | | Mündliche Mitteilungen |
| Ö 20. | | Mündliche Anfragen |

Nichtöffentliche Sitzung 21:15

- | | | |
|--------|-----------|---|
| NÖ 21. | | Feststellung der Beschlussfähigkeit |
| NÖ 22. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -nichtöffentlicher Teil- |
| NÖ 23. | 2002/0367 | Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 03.07.2002 |
| NÖ 24. | 2002/0312 | Darlehensangelegenheit |
| NÖ 25. | 2002/0346 | Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung Kreditangelegenheit |
| NÖ 26. | 2002/0345 | Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung Kreditangelegenheit |
| NÖ 27. | 2002/0296 | Genehmigung einer dringlichen Entscheidung - Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln- |
| NÖ 28. | 2002/0375 | Darlehensangelegenheit |
| NÖ 29. | | Mündliche Mitteilungen |
| NÖ 30. | | Mündliche Anfragen |

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim Herrn Hausmeister Schurig zum Geburtstag.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er verweist darauf, dass die Tagesordnung aufgrund der Beratungen in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um den Punkt Ö 18. Vorlage 2002/0338 Freiwilliges Soziales Trainingsjahr erweitert ist.

Aus der Fraktion Die Grünen wird beantragt, diesen Punkt wieder von der Tagesordnung abzusetzen. Der Sprecher ist der Meinung, dass die Beschlusskompetenz aufgrund Ziff. 3.2 der Zuständigkeitsordnung und des § 71 Abs. 3 KJHG beim Jugendhilfeausschuss liegt, der in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel entscheidet. An diese Vorgaben des KJHG müsse man sich halten und akzeptieren, dass der Jugendhilfeausschuss einen Beschluss gefasst habe. Würde der Rat heute einen anderen Beschluss fassen, wäre der Bürgermeister u.U. verpflichtet, diesen Ratsbeschluss als rechtswidrig zu beanstanden.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim führt aus, dass die Verwaltung nach einer summarischen Prüfung die vom Sprecher der Fraktion Die Grünen dargelegte Tatbestandsvoraussetzung nicht für einschlägig hält. Sie behält sich die weitergehende intensive Prüfung vor und empfiehlt, heute einen Beschluss in der Sache zu fassen. Sollte die weitergehende juristische Prüfung die Kompetenz des Jugendhilfeausschusses bestätigen, werde der Bürgermeister diesen Ratsbeschluss ggfl. entsprechend § 54 GO NRW beanstanden.

Hieran schließt sich eine Diskussion an, in der der Vertreter der Fraktion MBM/F.D.P. die Kompetenz des Jugendhilfeausschusses unterstreicht während eine Vertreterin der CDU-Fraktion den Ausführungen des Bürgermeisters folgt und der Meinung ist, dass eine weitergehende rechtliche Prüfung die Beschlusskompetenz des Haupt- und Finanzausschusses bzw. des Rates ergeben wird.

Die Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes "Soziales Trainingsjahr" wird bei 20 Stimmen dafür (13 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.) mit 21 Stimmen (BM, 20 CDU) abgelehnt.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 3. 2002/0366 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 03.07.2002

Die SPD-Fraktion nimmt Bezug auf die Beschlussfassung zur Baum- und Heckenschutzsatzung und verweist auf die Erklärung des Bürgermeisters, wonach über eine evtl. erforderliche Legaldefinition des Begriffs "private Hausgärten jeglicher Größe" der Fachausschuss zu beraten habe.

Herr Bürgermeister Dünchheim teilt mit, dass eine Verwaltungsvorschrift zu § 2 Abs. 2 der Baum- und Heckenschutzsatzung erlassen wird. Sie sieht vor, dass

- Freiflächen im Gemeinschaftseigentum, für deren Nutzung keine Sonderregelungen bestehen,
- nicht Einzelnen zugeordnete Freiflächen in Mietwohnungsanlagen.

nicht zu den privaten Hausgärten im Sinne der Satzung zählen.

Er sagt zu, dass die Verwaltungsvorschrift dem Fachausschuss mitgeteilt wird.

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 03.07.2002 zur Kenntnis.

Ö 4. 2002/0329 Brandschutzbedarfsplan

Aus der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Grünen kommt Kritik, dass heute keine Tischvorlage vorliegt, aus der die weitergehende Beschlussfassung des Ausschusses für öffentliche und soziale Angelegenheiten hervorgeht.

Der Sprecher der CDU-Fraktion verweist darauf, dass die Verwaltung im Fachausschuss beauftragt wurde, Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen, um die Sicherheit der Bürger auch in Zukunft zu gewährleisten. Er führt aus, dass die Feuerwehr unter zunehmend schwierigeren Bedingungen die Sicherheit der Bürger gewährleistet und der Brandschutzbedarfsplan in den Bereichen Personal, Fahrzeuge und Standorte Besorgnis erregende Punkte enthält und akuten Handlungsdruck aufzeigt. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass die Verwaltung zu den Haushaltsplanberatungen dem Fachausschuss die erforderlichen Zahlen zur Verfügung stellt und die Feuerwehr bei den Vorarbeiten hierzu beteiligt wird. Bei allen Überlegungen müsse die Sicherheit der Bürger auch in finanziellen Engpässen jederzeit gewährleistet sein.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion verweist auf die Diskussion und das Einvernehmen im Fachausschuss, dass die Verwaltung alle Punkte der Diskussion aufnimmt und zur nächsten Sitzung, in der die Haushaltsplanberatungen anstehen, entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Aus der Fraktion Die Grünen wird die Problematik unterstrichen, die sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergibt. Sie hält es für unumgänglich, dass die Verwaltung umgehend einen Masterplan aufstellt, in dem mit Verantwortlichkeiten, Zielsetzungen und Haushaltsrelevanz festgelegt wird, wie das gesteckte Ziel erreicht werden soll und der auch eine Alternativplanung enthält für den Fall, dass z.B. die Werbemaßnahme "Feuerschutzengel" nicht greift. Sie werde dem Beschlussvorschlag in der vorgelegten Fassung zustimmen, jedoch mit dem deutlichen Appell an die Verwaltung, einen Masterplan zu erstellen und vorzulegen.

Der Bürgermeister führt aus, dass es einen solchen Plan gebe, der jedoch noch dahingehend zu optimieren sei "wer was wann mit wem tut" und in dem eine Alternativplanung deutlich gemacht werde.

Aus der Fraktion MBM/F.D.P. kommt die Anregung, die Plakataktion "Feuerschutzengel" nochmals zu überdenken, da nach ihrer Meinung die besondere Problematik der Angelegenheit aus den Plakaten nicht deutlich wird. Sie hält es für erforderlich, den Bürgern insbesondere zu vermitteln, wie dringend die Feuerwehr ehrenamtliche Kräfte braucht.

Hierzu führt der Bürgermeister aus, dass die von den Parteien benutzten Wahlplakatstände für eine gewisse Zeit flächendeckend im Stadtgebiet für die Plakataktion "Feuerschutzengel" genutzt werden. Darüber hinaus läuft eine Werbeaktion bei den Bediensteten des Rathauses und mit den Monheimer Unternehmen werden erste Gespräche geführt. Die Verwaltung werde über die Ergebnisse im Fachausschuss berichten.

Beschluss

Der Rat stimmt dem vorliegenden Entwurf des Brandschutzbedarfsplanes zu und beauftragt die Verwaltung, alle mit der Umsetzung und Realisierung des Brandschutzbedarfsplanes erforderlichen Maßnahmen einzuleiten und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 5. 2002/0360 Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Monheim am Rhein,
Maßnahmenkonzept**

Die Verwaltung verweist auf die sehr umfassende und eingehende Beratung im Fachausschuss, über die allen Ratsmitgliedern ein Vorabauszug aus der Sitzungsniederschrift zugegangen ist.

In ihrer Stellungnahme betont die Fraktion Die Grünen ihre Übereinstimmung mit dieser Verkehrsentwicklungsplanung, merkt jedoch an, dass sie die Auseinandersetzung mit der Problematik Bleer Straße und das Thema ÖPNV vermisst. Sie verweist auf die in der Bürgeranhörung vorgetragene berechtigten Sorgen von Eltern, die in der jetzt geltenden Tempo 70-Regelung eine große Gefahr für ihre Kinder sehen; hier müsse Druck auf das Land ausgeübt werden. Das Thema ÖPNV müsse ebenfalls mit Nachdruck verfolgt werden, da der ÖPNV eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Verkehrsströmen spielen werde und zum Verkehrsentwicklungsplan gehöre. Der Sprecher macht deutlich, dass seine Fraktion die beiden Varianten der Erschließung des Berliner Viertels -Oranienburger Straße/Kurt-Schumacher Straße - Heide- nicht mittragen wird. Allenfalls könne sie sich eine Öffnung der Straße Heide für den Busverkehr vorstellen, um einen Ringverkehr/Stadtlinie zu ermöglichen. Da seine Fraktion auch keinen Entlastungseffekt dieser Erschließung erkennen könne, plädiere sie dafür, es bei der derzeitigen Situation zu belassen.

Die Verwaltung teilt zum Thema Bleer Straße mit, dass nach Gesprächen mit dem Landesbetrieb und dem Landesverkehrsministerium Zählungen auf der Bleer Straße vorgenommen wurden, die Grundlage für weitere noch zu führende Gespräche sind. Nach deren Abschluss wird die Verwaltung das Thema im Fachausschuss präsentieren. Ebenfalls wird dem Ausschuss noch eine gesonderte Vorlage i.S. Bleer Straße/Verbindung Heide vorgelegt; hier steht die Untersuchung über den Busverkehr noch aus.

Aus der CDU-Fraktion kommt der Hinweis, dass die Südanbindung des Berliner Viertels, die eine Entlastung der Opladener Straße, Bleer Straße und Berliner Ring bringen werde, im Rahmen der Beratungen zur Rahmenplanung Süd nochmals diskutiert wird.

Der Sprecher der SPD-Fraktion verweist in seinen Ausführungen insbesondere auf die gute Arbeit der Verwaltung und den hervorragenden Beratungsprozess im Fachausschuss, wo eine weitgehende Übereinstimmung erzielt wurde. Eine Diskussion zu einzelnen Punkten stehe zu einem späteren Zeitpunkt an, z.B. bei der Rahmenplanung Süd.

Aus der Fraktion MBM/F.D.P. wird, wie auch schon vom Sprecher der Fraktion Die Grünen, die widersprüchliche Aussage der Verwaltung in der Sachdarstellung zur Absperrung der Alten Schulstraße durch versenkbare Poller aufgegriffen. Der Sprecher macht den Vorschlag, eine Pollerreihe zu errichten, und zwar mitten vor dem Krankenhaus. Damit werde der Durchgangsverkehr unterbunden bei gleichzeitiger Sicherstellung der Zufahrten zum Krankenhaus und für die Anlieger. Kritisch merkt der Sprecher an, dass Kreisverkehrsplätze geplant sind in einem Kostenrahmen von 4.630 000 €, eine ausreichende Deckungszusage jedoch fehlt.

Weiter ist er der Meinung, dass der Begriff "Kiss- and Ride-Spur" geändert werden müsse, da er nicht den Erfordernissen der StVO entspricht.

Dem stimmt der Bürgermeister zu und informiert darüber, dass dem Fachausschuss in seiner übernächsten Sitzung das Thema Alte Schulstraße auftragsgemäß nochmals präsentiert wird.

Beschluss

Der vom Planungsbüro VIA für den Bereich der Stadt Monheim am Rhein erarbeitete Verkehrsentwicklungsplan (Stand April 2002) wird grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis genommen. Dazu ergehen im Einzelnen folgende Beschlüsse:

1. Das nach § 45 Abs. 1 c) der Straßenverkehrsordnung zur Einrichtung der in der Vorlage beschriebenen Tempo 30 – Zonen erforderliche gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.
- 2a. Die Schulwegsicherung, das Radverkehrskonzept, das Kreisverkehrskonzept sowie die Ergebnisse der Sonderuntersuchungen sind entsprechend den Ausführungen der Verwaltung zu behandeln bzw. umzusetzen.
- 2b. Der Verwaltung wird empfohlen, vor Umsetzung von Maßnahmen zur Unterbindung des Schleichverkehrs auf der Wiener-Neustädter-Straße eine Bürgerinformation durchzuführen.
- 2c. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für eine Sperrung der Alten Schulstraße zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr durch Poller zu ermitteln. Der Verwaltung wird empfohlen, unter Beteiligung der zuständigen Stellen umgehend die Sperrung der Alten Schulstraße zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr durch eine entsprechende Beschilderung zu veranlassen.
3. Die Anträge im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan sind entsprechend den Ausführungen der Verwaltung zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 19.06 Uhr

Keine Wortmeldungen.

Ö 6. 2002/0326 Straße 'Am Voigtshof' Gemeindliches Einvernehmen zur Kennzeichnung als verkehrsberuhigter Bereich

Beschluss

Das gemäß § 45 Abs. 1 b Ziff. 3 der Straßenverkehrsordnung (StVO) erforderliche gemeindliche Einvernehmen zur Kennzeichnung der Straße „Am Voigtshof“ als verkehrsberuhigter Bereich wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 7. 2002/0304 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des '8. Martins-Markt' am Sonntag, den 10. November 2002

Beschluss

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des Martins-Marktes am 10.11.2002 wird beschlossen.

Die Verordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 39 Stimmen (BM, 19 CDU, 12 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen: 2 Stimmen (1 CDU, 1 SPD)

Ö 8. 2002/0343 Satzung zur 4. Änderung der 'Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Entwässerungsanlage der Stadt Monheim am Rhein sowie den Kostenersatz von Grundstücksanschlussleitungen vom 08.04.1980'

Beschluss

Die Satzung zur 4. Änderung der 'Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Entwässerungsanlage der Stadt Monheim am Rhein sowie den Kostenersatz von Grundstücksanschlussleitungen vom 08.04.1980' in der zur Zeit geltenden Fassung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung sowie die Beitragsbedarfsberechnung gemäß Ziffer 5 des Gutachtens zum Kanalanschlussbeitrag und Fortschreibung der Neuordnung der Kanalbenutzungsgebühr mit den dazugehörigen Anlagen des Ingenieurbüros Achten und Jansen GmbH vom Juni 2002 sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 9. 2002/0298 Neufassung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen und von Schuleinzugsbereichen für die übrigen schulischen Einrichtungen der Stadt Monheim am Rhein vom 12.11.1998

Die Verwaltung teil mit, dass aufgrund eines Missverständnisses die Straßenbezeichnungen Laacher Hof und Schloss Laach im Straßenverzeichnis der Grundschule Sandberg in Anlage 2 der Rechtsverordnung irrtümlich nicht enthalten sind und ergänzt werden müssen; sie bittet um entsprechende Ergänzung.

Beschluss

1. Im Stadtteil Monheim werden zum Schuljahr 2003/04 drei Überschneidungsgebiete entsprechend der in der Vorlage dargestellten Form eingerichtet.
2. Die Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen und von Schuleinzugsbereichen für die übrigen öffentlichen Schulen und schulischen Einrichtungen der Stadt Monheim am Rhein vom 12.11.1998 mit den Änderungsverordnungen vom 16.06.1999, 05.10.2000 und 09.11.2000 wird neu gefasst. Die der Vorlage für den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport am 19.09.2002 als Anlage beigefügte Neufassung ist Bestandteil dieses Beschlusses.
Sie ist wie folgt zu ändern:
Das Straßenverzeichnis der Grundschule Sandberg in Anlage 2 der Rechtsverordnung ist um die Straßen Laacher Hof und Schloss Laach zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. 2002/0348 Außerplanmäßige Ausgabe Solidarbeitragsgesetz

Beschluss

Gemäß § 82 Abs. 1 GO NW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird die Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 630.752 € bei Haushaltsstelle 9050.8310.00 – Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit- erteilt. Zur Deckung werden Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 9000.0030.00 – Gewerbesteuer- herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 11. 2002/0340 Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln

Beschluss

Gem. § 82 GO NW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Haushaltsstelle 7700.5300.20 – Leasingkosten Kehrmaschine - in Höhe von 11.206,05 EUR erteilt.
Zur Deckung dieses Betrages werden Weniger-Ausgaben bei der HHSt. 7700.9350.00 – Anschaffung von Fahrzeugen, Maschinen u. Geräte – herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 12. 2002/0305 Über-/außerplanmäßige Ausgaben gem. § 82 GO NRW für die Bezuschussung von Trägern im Rahmen der gesetzlichen und der vertraglichen Betriebskostenzuschüsse für Tageseinrichtungen

für Kinder

Beschluss

Gemäß § 82 GO NW i.V.m. § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 25.000 €erteilt.

Zur Deckung dieses Betrages werden Mehreinnahmen aus der HHSt.: 1.4640.1100.00 – Kindergarten-Elternbeiträge – herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 13. 2002/0341 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe

Beschluss

Gem. § 82 GO NW in Verbindung mit § 7 (1) der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der HHSt. 1.9050.8320.02 – Berufsschulumlage Kreis Mettmann – i. H. v. 64.102,00 €erteilt.

Zur Deckung dieses Betrages werden

- Wenigerausgaben bei HHSt. 1.9000.8100.00 -Gewerbsteuerumlage – i. H. v. 64.102,00 € herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 14. 2002/0328 Überplanmäßige Mittel gem. § 82 GO NW im Bereich "Hilfen zur Erziehung"

Beschluss

Gem. § 82 GO NW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der HHSt: 1.4550.7700.00 – Heimerziehung – i.H.v. 510.000 €erteilt.

Zur Deckung dieses Betrages werden

- ◆ Mehreinnahmen bei der HHSt.: 1.4550.1620.00 –Kostenerstattung anderer Jugendhilfeträger- i.H.v. 100.000 €
- ◆ Mehreinnahmen bei der HHSt: 1.4640.1100.00 – Kindergarten-Elternbeiträge – i.H.v. 40.000 €sowie
- ◆ Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer i.H.v. 370.000 €bei der HHSt: 1.9000.0030.00 herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 15. 2002/0319 Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.01. - 31.08.02

Nach Beantwortung einer Frage aus der Fraktion Die Grünen nimmt der Rat die nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.01.2002 bis zum 31.08.2002 zur Kenntnis.

Ö 16. 2002/0344 Unterrichtung des Rates durch den Rechnungsprüfungsausschuss gem. § 105 Abs. 6 GO NRW (Haushaltsjahre 1999 und 2000)

Der Rat nimmt die Informationen aus dem Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie der Kassengeschäfte der Stadt Monheim am Rhein für die Haushaltsjahre 1999 und 2000 sowie das damit in Zusammenhang stehende Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses vom 11.09.2002 zur Kenntnis.

Ö 17. 2002/0354 Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

Beschluss

Der Rat nimmt folgende Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss vor:

ausgeschiedenes		neues	
Mitglied	stellv. Mitglied	Mitglied	stellv. Mitglied
Jugendhilfeausschuss			
	Anja Zgadzaj (sB) (beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Sätze 7-10 GO NRW)		Andrea Stamm (R)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 18. 2002/0338 Freiwilliges Soziales Trainingsjahr

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist auf die zu Beginn der Sitzung geführte Diskussion zur juristischen Bewertung der Kompetenzfragestellung und sagt nochmals zu, diese Frage je nach Votum sehr umfassend zu prüfen.

Er zitiert den § 13 Abs. 1 des KJHG und die Bewertung der Bundesanstalt in ihrer Finanzierungszusage für das Monheimer Projekt. Ergänzend zur Vorlage führt er aus, dass zz. 333 Monheimer Personen im Alter zwischen 16 und 27 Jahren Sozialhilfe beziehen, wovon 236 im Berliner Viertel leben. Die Kosten pro Teilnehmer am Programm Freiwilliges Soziales

Trainingsjahr (FSTJ) liegen bei monatlich 913 €. Im Rahmen der strategischen Zielplanung wurde von der KGSt beim Projekt Hilfe zur Arbeit ermittelt, dass die Personengruppe der Sozialhilfe beziehenden 16 bis 27jährigen die Stadt im Durchschnitt mindestens 625 € monatlich pro Person kostet. Mit dem FSTJ werden zwei Einspareffekte erzielt, eine kurzfristige Einsparung in der Sozialhilfe von 115 000 € in zwei Jahren und eine mittelfristige Einsparung von 150 000 €, wenn es gelingt, 40 % der 50 Teilnehmer in zwei Jahren zu erreichen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion führt aus, dass vor der Sommerpause die Wiederbesetzung der zweiten Stelle in der Jugendberatung nach kontroverser Diskussion beschlossen wurde, um die durch den Wegfall der zweiten Stelle aufgetretenen Einbußen bei der Qualität der Beratungsleistungen auszugleichen. Wenn nun diese zweite Fachkraft aus der Jugendberatung abgezogen und im Rahmen des Programms FSTJ eingesetzt werde, trete in der Jugendberatung genau der Engpass wieder ein, der durch die Wiederbesetzung behoben werden sollte, und zwar vor allen Dingen deshalb, weil sich die Betreuung im FSTJ auf einen eng umschriebenen Personenkreis beschränkt, der Betreuungsbedarf insgesamt aber erheblich größer sei. Hier würde nach Meinung der CDU-Fraktion ein unvertretbares Ungleichgewicht in Qualität und Quantität der Betreuung zu Lasten der wesentlich größeren Zahl der Jugendlichen in der Jugendberatung geschaffen. Neben diesen strukturellen Unausgewogenheiten im Zusammenspiel von Jugendberatung und FSTJ seien aber auch die enormen Kosten des Projektes zu bewerten. Immerhin seien je Teilnehmer Kosten von rund 25 000 € aufzuwenden, wobei die Einsparungen bei der Sozialhilfe schon berücksichtigt seien. Nach Meinung der CDU-Fraktion sei es unerheblich, ob diese Kosten von der Stadt oder aus der Bundeskasse getragen werden; Kosten in dieser Größenordnung seien dem Steuerzahler vor dem Hintergrund der jüngsten Meldungen über geplante Steuererhöhungen und Subventionskürzungen nicht zuzumuten. Vor diesem Hintergrund seien die Kosten dieses Projektes zu bewerten und für die CDU-Fraktion nicht vertretbar. Es gebe nicht zu überbrückende Widersprüche in der Jugend- und Arbeitsmarktpolitik von Land und Bund, die katastrophale Auswirkungen auf die städtischen Haushalte haben würden und schon haben. Der Sprecher führt in der Diskussion stehende Kürzungen und Streichungen im Jugendbereich auf und betont, dass Bund und Land den Kommunen die Mittel für die kontinuierliche Fortsetzung ihrer Arbeit entziehen und andererseits Projekte, wie das FSTJ, fördern, die aufgrund ihrer zeitlichen Befristung nach ihrer Meinung ohne jede nachhaltige Wirkung bleiben werden. Der Sprecher verweist auf die heutige Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes, in der die schlechte Finanzlage des Bundes und Landes thematisiert wurde. Hier sei ausdrücklich davon abgeraten worden, Projekte mit aufzunehmen, für die eine Anschubfinanzierung geleistet wird. Vor dem Hintergrund, dass die derzeitige Finanzlage noch geraume Zeit anhalten werde, sei mit einer Fortsetzung solcher Projekte nicht zu rechnen.

In der Zusammenfassung dieser Bewertung komme die CDU-Fraktion zu der Entscheidung, dass sie dem FSTJ wegen der inhaltlichen Unausgewogenheiten im Kontext von Jugendberatung und FSTJ und des unproportionalen Mitteleinsatzes für Monheim nicht zustimmen könne.

In der über einstündigen Debatte äußern die Fraktionen von SPD, Grüne, Peto und MBM/F.D.P. ihr Unverständnis über die Haltung und Argumentation der CDU-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt und bitten sie darum, ihre Entscheidung zu überdenken.

Die SPD-Fraktion geht auf die Behandlung dieses Themas im Jugendhilfeausschuss ein und verweist auf das positive Votum des Ausschusses. Sie bittet den Bürgermeister um eine schnelle juristische Prüfung in der Kompetenzfrage, sollte der Rat heute zu einer anderen Entscheidung kommen, da bis zum 09.10.2002 die Zustimmung der Stadt beim Bund zu diesem Projekt vorliegen muss. Die SPD-Fraktion macht nochmals deutlich, dass die Aufgaben der zweiten Fachkraft in der Jugendberatungsstelle für das FSTJ sich mit ihren eigentlichen Aufgaben deckt und der Stadt dadurch praktisch keinerlei zusätzliche Kosten entstehen. Sie sieht in diesem

Projekt eine Möglichkeit, jungen Menschen zu helfen und hält die Entscheidung, ein solches Angebot nicht anzunehmen, für fahrlässig, da eine Alternative von der CDU-Fraktion nicht genannt wurde. Sie gibt ihren Eindruck wieder, dass die CDU-Fraktion sich bei ihrer Entscheidung offensichtlich von der von ihr geäußerten nicht mehr vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Jugendamt leiten lasse. Derartige Probleme müssten nach ihrer Meinung zwischen den Beteiligten ausgeräumt werden, dürften jedoch nicht dazu führen, ein richtiges und wichtiges Projekt nicht durchzuführen.

Die Fraktion MBM/F.D.P. hält die Argumentation der CDU-Fraktion für dürftig und unterstreicht die vom Bürgermeister zitierte gesetzliche Regelung, wonach diesen jungen Menschen geholfen werden soll. Mit der Verschleuderung von Steuergeldern an dieser Stelle zu argumentieren, wo an anderer Stelle Unsummen unsinnig ausgegeben werden, könne niemand nachvollziehen. Wenn dieses gute und notwendige Projekt in diesem Rat scheitere, sei das ein Skandal erster Ordnung.

Die Fraktion Die Grünen hält es für zynisch, wenn die CDU-Fraktion in ihrer Argumentation praktisch die Jugendlichen eine vermeintlich falsche Jugend- und Steuerpolitik des Bundes und Landes "ausbaden" lässt. Sie stellt die Sinnhaftigkeit dieses Programms auch bei einer geringeren Erfolgsquote nicht in Frage und spricht sich für die Annahme des Angebotes aus. Auch über das Projekt hinaus werde die Stadt von den Erfahrungen langfristig für die gesamte Jugend- und Sozialarbeit profitieren.

Die Fraktion Peto äußert ihren Ärger über die Haltung der CDU-Fraktion. Insbesondere kritisiert sie die Argumentation der Verschwendung von Steuergeldern im Zusammenhang mit Hilfsmöglichkeiten für Jugendliche, die Hilfe benötigen. Dies hält sie vor dem Hintergrund z.B. der Planung von 20 nach ihrer Meinung völlig überflüssigen Kreisverkehre in der Stadt für pervers. Sie verweist darauf, dass diese Jugendlichen Hilfe benötigen und die Mittel deshalb gut angelegt sind, insbesondere vor dem Hintergrund, dass ansonsten u.U. Sozialhilfe anfällt. Sie wirft der CDU-Fraktion vor, mit ihrer Haltung zu diesem Projekt jugendliche Problemfälle fallen zu lassen.

Mehrere Mitglieder der CDU-Fraktion untermauern in ihren Redebeiträgen nochmals die vom Fraktionsvorsitzenden vorgetragene Entscheidungsbegründung. Thematisiert wird nochmals Inhalt und Finanzierung des Projektes sowie die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt.

Die Fraktion Die Grünen beantragt in Übereinstimmung mit der SPD-Fraktion geheime Abstimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion Peto bedauert dies mit dem Bemerkung, dass er sich eine offene Abstimmung wünscht, damit ersichtlich wird, wer hilfbedürftigen Jugendlichen Hilfe versagt.

Zur Vorbereitung der geheimen Abstimmung wird die Sitzung von 20.30 bis 20.43 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung wird die geheime Abstimmung durchgeführt.

Beschluss

Die Stadt Monheim am Rhein beteiligt sich an dem Modellprogramm der Bundesregierung „Freiwilliges Soziales Trainingsjahr“. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

dafür: 21 Stimmen
dagegen: 19 Stimmen
Enthaltung 1 Stimme

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim spricht an dieser Stelle die von der CDU-Fraktion als problematisch bezeichnete Zusammenarbeit mit dem Jugendamt an. Er räumt ein, dass gewisse Kommunikationsstränge zwischen Verwaltung und Politik nicht gut funktioniert haben. Wie bereits an anderer Stelle angekündigt, hoffe er, diese Probleme in einem von ihm moderierten Gespräch ausräumen zu können.

Ö 19. Mündliche Mitteilungen

Ö 19.1 Umwelttag/Autfreier Samstag

Die Verwaltung teilt mit, dass sie beauftragt war, in diesem Jahr einen Umwelttag unter dem Motto "Ökologisch arbeitende Betriebe" und einen autofreien Samstag durchzuführen. Der autofreie Samstag sollte am vergangenen Samstag stattfinden, ist jedoch von dem zuständigen Sachbearbeiter ohne Information der Vorgesetzten kurzfristig wegen Organisationsproblemen abgesagt worden. Für den Umwelttag wurden 94 Betriebe der Region angeschrieben. Von den sieben Rückmeldungen bekundeten vier kein Interesse, einem Betrieb war die Anfahrt zu weit und für zwei Betriebe war aufgrund der Produktionspalette der Herbsttermin ungünstig. Die Verwaltung beabsichtigt jetzt, beide Aktionen in einer etwas anderen Form durchzuführen. Angedacht ist der 26.10.2002.

Ö 20. Mündliche Anfragen

Ö 20.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Dr. Stapper (Grüne) Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Räumlichkeiten des Monheimer Sparkassengebäudes

Rats Herr Dr. Stapper verweist auf die im Fusionsvertrag enthaltene Verpflichtung der Stadtparkasse Düsseldorf, als Ausgleich für die nach Düsseldorf verlagerten Arbeitsplätze in Monheim am Rhein einen Ausgleich zu schaffen. Er fragt nach dem Stand der Angelegenheit. Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim teilt mit, dass er die von Rats Herrn Pruin in der letzten Ratssitzung gestellte gleiche Frage dem Vorstandsvorsitzenden der Stadtparkasse Düsseldorf zugeleitet hat. Dieser hat mitgeteilt, dass der Vorstand z.z. die Umgliederung eines Unternehmens nach Monheim am Rhein prüft, die Entscheidung jedoch noch einige Zeit dauern wird. Der Bürgermeister macht deutlich, dass ein Rechtsanspruch gegenüber der Stadtparkasse Düsseldorf besteht, was dem dortigen Vorstand auch bewusst ist.

Ö 20.2 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD) Bürgerstiftung Monheim am Rhein der Stadtparkasse Düsseldorf

Ratsfrau Hengsberger verweist auf die Zusage des Bürgermeisters in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, in der heutigen Ratssitzung über den Stand der Stiftungssatzung zu berichten und eine Zusammenstellung aller freiwilligen städt. Ausgaben, die von der Sparkassenstiftung übernommen werden sollen, zu liefern.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim betont, dass die Satzung von der Stiftungsaufsicht zu genehmigen ist und vorher das Einvernehmen mit der Finanzdirektion herbeiführen muss. Nach seinen Informationen ist dieses Genehmigungsverfahren in ein weiteres Stadium getreten.

Eine Gesamtübersicht über die von der Stiftung zu übernehmenden Beträge ist in Arbeit und wird in Kürze zugestellt.

Ö 20.3 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)**
Vertrag mit der Stadt Langenfeld über die Erschließung des
Gewerbegebietes Baumberg-Ost

Ratsfrau Hengsberger bezieht sich auf Pressemitteilungen, wonach in Langenfeld über eine mögliche Kündigung des Vertrages mit der Stadt Monheim über die Erschließung des Gewerbegebietes Baumberg-Ost nachgedacht wird. Sie fragt an, welche Auswirkungen eine Kündigung hat und wie weit die Planungen für die Erschließung dieses Gebietes sind.

Der Bürgermeister führt aus, dass die 1996 mit der Stadt Langenfeld geschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem 31.8.2002 ausgelaufen ist, sich jedoch vertragsgemäß jeweils um ein Jahr verlängert, solange nicht einer der Vertragspartner kündigt. Er betont, dass aus seiner Sicht die Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit der damaligen Pläne in Frage zu stellen sind und verweist auf die an der Autobahn bestehende Anbau-Verbotszone von 40 m, was letztlich keine annehmbaren Preise für die Grundstückseigentümer bedeute. Da diese Problematik nicht lösbar sei, arbeite die Verwaltung nach Gesprächen mit der Bezirksregierung an einer neuen realisierbaren Plankonzeption, die eine Bebauung des Gebietes vom Stadtkern in Richtung Autobahn vorsehe, und zwar sowohl Wohnbebauung als auch stilles Gewerbe. Mit dieser Planung, die die Verwaltung im ersten Quartal des nächsten Jahres vorstellen wolle, erübrige sich eine Erschließung über Langenfelder Gebiet.

Ö 20.4 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)**
Budget der Fachbereiche

Ratsfrau Hengsberger bezieht sich auf eine in der Presse wiedergegebene Aussage des Kämmerers zur Finanzsituation, wonach alle Fachbereiche in diesem Jahr ihr Budget überzogen hätten. Sie fragt, wie das im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts möglich ist.

Der Kämmerer stellt richtig, dass er ausgeführt hat, dass die Fachbereiche bei der Anmeldung der Mittel für 2003 die Vorgaben des Eckdatenbeschlusses nicht eingehalten haben.

Ö 20.5 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schaub (CDU)**
Spielen auf Schulhöfen

Rats Herr Schaub berichtet von einer ihm gegenüber geäußerten Beschwerde einer Großmutter, die mit ihrer Enkelin vom Hausmeister des Schulzentrums Lottenstraße des Schulhofes verwiesen wurde, als sie dort in den Ferien Tischtennis spielen wollten. Er verweist auf den bestehenden Beschluss zur Öffnung aller Schulhöfe als Spielhöfe für Kinder und Jugendliche

und fragt an, ob ein nochmaliger Hinweis an die Hausmeister möglich ist. Die Verwaltung sagt dies zu.

Ö 20.6

**Mündliche Anfrage des Rats Herrn Richrath (CDU)
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten etc.**

Ratsherr Richrath bezieht sich auf die zugestellten Ausschussverzeichnisse und fragt an, ob ein solches Verzeichnis auch über die Mitglieder in Aufsichtsräten etc. möglich ist.

Die Verwaltung antwortet, dass eine aktualisierte Fassung des Verzeichnisses der "sonstigen Gremien" zz. in Arbeit ist und demnächst zugestellt wird.